

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 39.—.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 200 M.,
für Versammlungsanzeigen 80 M. pro Zeile.

Weltwirtschaftliche Rundschau.

II.

An dem Punkte, wo die europäische Wirtschaftskrise heute steht, muß zunächst die Tatsache festgestellt werden, daß die gegenwärtige Absatzkrise immer noch zugleich eine Produktionskrise ist. Auch heute noch besteht in Europa im Vergleich zur Vorkriegszeit und zu den vorhandenen Bedürfnissen eine Unterproduktion. Soweit Produktionsstatistiken aus den einzelnen Ländern zur Verfügung stehen, läßt sich leicht feststellen, daß in Europa viel weniger erzeugt wird als vor dem Kriege. Selbst die schwerindustrielle Produktion, deren Apparat sich während des Krieges bei den kriegführenden Mächten und auch bei den Neutralen mächtig entwickelte, erzeugt gegenwärtig weniger als vor dem Kriege, obwohl die durch den Krieg heimuntergekommenen Wirtschaftskörper einen gesteigerten Bedarf an schwerindustriellen Produkten zur Wiederherstellung der Eisenbahnen, Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen usw. haben. Selbst Frankreich, das infolge eines großen Gebietszuwachses mit wertvollen Rohstoffen seine Produktion wesentlich zu steigern vermochte, weist eine wesentliche Unterbilanz auf. Bei den Kleinen, so besonders den skandinavischen Ländern, ist das Andauern des Produktionsrückganges noch auffällender. Der Rückgang der Produktion kommt zahlenmäßig am besten in der Abnahme des Außenhandels gegen die Vorkriegszeit zum Ausdruck. Die Außenhandelsstatistiken des Jahres 1922 zeigen für sämtliche europäischen Staaten dem Friedensstand gegenüber, der Menge und dem Werte nach, wenn auch letzteres oft durch die Geldbewertung verschleiert ist, einen wesentlichen Rückgang. Es sind eben nicht genug Ueberschüsse für den internationalen Austausch vorhanden. Der Mangel an Kaufkraft der Bevölkerung, der sich in der Form der Absatzkrise geltend macht, ist nur ein Ausdruck dieser Erscheinung, freilich verschärft durch die kapitalistische Lohnpolitik, die den großen Massen den Lebensunterhalt erschwert. Einfuhr und Ausfuhr bleiben noch immer überall hinter dem Friedensstand zurück, und die Handelsbilanzen der europäischen Staaten gestalteten sich überall ungünstig, das heißt die Einfuhr war größer als die Ausfuhr. Daran ist jedoch nicht die Zunahme der Einfuhr, sondern vielmehr die Abnahme der Ausfuhr schuld, und die Länder konnten weit eher durch die Vermehrung ihres Exportes als durch Verminderung des Importes ihre Handelsbilanz günstiger gestalten. Im Außenhandel konnten sich jedoch die natürlichen Kräfte der Wirtschaft nicht auswirken. Das Wirtschaftsleben spielt sich innerhalb der Gebiete einzelner Staaten ab, welche den Ausfuhrhandel in ihrem eigenen, besser gesagt, in Interesse der mächtigsten Schichten ihres Landes zu beeinflussen suchten. Die Handelspolitik der einzelnen Staaten bietet die Handhabe hierzu, und für unsere Umschau gilt es daher, die neuesten Tendenzen in der Handelspolitik der europäischen Staaten kurz aufzuzeigen.

Vor dem Kriege suchten die Staaten die Entwicklung des Außenhandels durch ihre Zollpolitik zu beeinflussen. Heute bedeutet Zollpolitik mehr und weniger als vor dem Kriege. Mehr, indem sie nicht nur wirtschaftlichen, sondern finanziellen und vielfach auch nationalistischen Zwecken dient, weniger, indem ihre Bedeutung hinter andern Maßnahmen der Handelspolitik zurückbleibt. Zum ersten Punkt: die neuentstandenen Nationalstaaten Europas erblickten in der Zollpolitik ein Mittel zur Steigerung ihrer nationalen Macht, und mit Rücksicht darauf lassen sie Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Vernunft außer acht. Die Zollpolitik der Nachfolgeländer der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie wird durchweg von solchen Gesichtspunkten beherrscht. Auf der andern Seite zeigt zum Beispiel die französische Zollpolitik ein rein machtpolitisches Gesicht. Militärisch-imperialistische Absichten werden gleichfalls mit den Mitteln der Zollpolitik gefördert. Die enorme Steigerung der Zollsätze in den meisten Ländern — unter welchen ebenfalls Frankreich an der Spitze steht — dient viel weniger der Verteidigung der

Osterwunsch.

Laß das alte Wunder dich ergreifen:
Wie die winterdunkle Welt
Strahlend wieder sich erhellet
Und die ersten Knospen reifen.

Wie die Tiefe sich bewegt
Und die Wurzeln freudig schwellen;
Wie in den verborg'nen Quellen
Stürmisch junge Kraft sich regt.

Deffne deines Herzens schwere Tore;
Seine Flügel dehne weit.
Lächelnd auch zu deinem Ohre
Reige flüsternd sich die Zeit.

Von Geheimnis trunken sind die Tage;
Zauber spinn in ahnung vollen Nächten.
Wehe, wenn sie deiner Plage
Nicht auch frohe Botschaft brächten!

Fühle dich nur ganz verbunden
Allen schaffenden Gewalten.
Erde will sich neugestalten.
Erde sind auch deine Stunden.

In der Ferne goldendicht
Leuchtet brotschwer das Gelände . . .
Deine rauhen Arbeitshände
Segne dir das Osterlicht. Ernst Preetzang.

nationalen Industrien als fiskalischen Interessen, um die Staatseinnahmen durch Zolleinkünfte zu steigern. Selbst Artikel, die im Inland gar nicht oder kaum erzeugt werden, werden überall mit ungeheuren Zollsätzen, welche zumeist nicht das Ausland, sondern die inländischen Verbraucher treffen, belastet. So werden die Zolleinnahmen statt direkter Steuern zu Haupteinnahmequellen des Staates. Auf der andern Seite ist die Wichtigkeit der Zollpolitik in der Gestaltung des Außenhandels insofern zurückgegangen, als die Beeinflussung desselben viel mehr durch Einfuhrverbote und in manchen Fällen Ausfuhrverbote erfolgt. Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen den Staaten beziehen sich in erster Linie auf die Behandlung dieser Verbote, die gegenseitigen Zugeständnisse betreffen weniger die Herabsetzung der Zollsätze als die Milderung der Verbote. Wirtschaftliche Notwendigkeiten durchbrechen zwar in letzter Zeit die Abschließungstendenzen, im großen ganzen besteht jedoch das System noch überall, sowohl in England, das durch das Verbotssystem vom Freihandel abgekommen ist, wie auf dem europäischen Kontinent. Die handelspolitische Lage wird außerdem noch durch weitere Schwierigkeiten verwickelt: die Devisenverordnungen, welche sich auf die Möglichkeit der Bezahlung der vom Ausland eingeführten Waren beziehen, gehören zu den Haupthindernissen des internationalen Warenaustausches. Manche Staaten erlassen diese Verordnungen, um dadurch die Einfuhr künstlich einzuschränken, andere dagegen aus valutapolitischen Rücksichten, um durch schroffe Handhabung der Valutaverteilung ihre Währung zu schützen beziehungsweise zu verbessern. Zunächst ist dies eine blinde und kurzfristige Politik, da sie auch die Ausfuhrmöglichkeit unterbindet. Es gibt eben keinen einseitigen Wirtschaftsverkehr zwischen den Ländern; nur mit dem Gegenwert der ausgeführten Waren kann man auf die Dauer bezahlen. Die wahnsinnige Reparationspolitik der Siegermächte trägt ebenfalls dazu bei, die handelspolitische Situation Europas zu verschlechtern. Diese hat die deutsche

Valuta zertrümmert und die deutsche Wirtschaft zum Schleudereexport gezwungen, wodurch andere Volkswirtschaften, besonders die der kleinen neutralen Staaten, schwer betroffen und zu handelspolitischen Maßnahmen, welche den Außenhandel unterbinden, gezwungen wurden. Selbst heute, wo die deutsche Wirtschaft sich bereits in einem Krisenzustand befindet, werden neue „Dumping-Zölle“ gegen deutsche Waren errichtet. Jetzt gehen die skandinavischen Staaten daran, solche einzuführen.

Neben der Handelspolitik üben die Staaten eine immer wachsende Einwirkung auf die Preispolitik aus. Diese Entwicklung hat bereits während des Krieges begonnen, damals stand sie aber vielfach im Interesse der Verbraucher, um die Bevölkerung zum Durchhalten zu ermutigen. Während der Wirtschaftskrise der letzten Jahre bezweckte die Preispolitik der einzelnen Staaten die Verbilligung der Produkte, um der Krise auf diese Weise Herr zu werden. Aus dem kapitalistischen Bau der einzelnen Staaten folgte, daß die Preisfeste überall durch Lohnsenkung erzwungen wurde. Heute, wo die Weltmarktpreise wieder im Steigen begriffen sind, sehen wir die Staaten fast überall als Träger und Förderer der Teuerungswelle, indem sie sowohl den Monopolkapitalismus der Industrie, welcher die Massenwaren verteuert, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen als auch die Zusammenfassung breiter Schichten von Produzenten von Agrarprodukten zur besseren Verwertung ihrer Produkte begünstigen. Diese Erscheinungen, die wir hier infolge Raummangels nicht näher besprechen können, scheinen uns ein neues Kapitel in der Durchorganisation der kapitalistischen Produktion mit staatlicher Hilfe einzuleiten.

Es seien nur noch die Bestrebungen der einzelnen Staaten, ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen, kurz erwähnt. Das Defizit der Staatshaushalte ist ein Zeichen dafür, daß das Land mehr verbraucht als es erzeugt. Die „Sanierung“ der Staatsbudgets durch Erhöhung der Staatseinnahmen und Verminderung der Staatsausgaben bedeutet, volkswirtschaftlich gesehen, das Bestreben, das Gleichgewicht durch die Einschränkung des Verbrauchs herzustellen. Der Machtkampf innerhalb der Staaten dreht sich darum, wer seinen Verbrauch einschränken soll. Da die reaktionäre Welle überall noch unverändert hoch steht, müssen Arbeiter, Angestellte und andere wirtschaftlich schwache Schichten für die Sanierung herhalten. Beamtenabbau, Entlassungen aus den Staatsbetrieben, Verminderung der sozialen Ausgaben auf der einen, erhöhte Zölle, neue hohe Umsatzsteuern usw. auf der andern Seite, wie wir sie bei den österreichischen, französischen und italienischen „Sanierungen“ sehen, sollen den Staatshaushalten auf die Beine helfen. Es bleibt zweifelhaft, ob auf diesem Wege die Gesundung der Staatshaushalte herbeigeführt werden kann, sicher ist dagegen die wachsende Verelendung und Proletarisierung großer Massen. Reparationspolitik, Handelspolitik, Finanzpolitik der europäischen Staaten führen sämtlich zu diesen Ergebnissen. A. G.

Anpassung der Löhne an den Preisstand.

Der Reichstagsvertrag für das Baugewerbe enthält im § 5 Ziffer 4 diese Bestimmung: „Treten während der Vertragsdauer Änderungen in den Kosten für den Lebensunterhalt ein, die eine Nachprüfung der Löhne und Zuschläge als notwendig erscheinen lassen, so können die Vertragsparteien der Lohn- und Arbeitsverträge auf Antrag einer Partei eine Änderung der Löhne frühestens einen Monat nach Inkrafttreten der letzten Lohnveränderungen vereinbaren.“ In dem vorherigen Tarifvertrag war für derartige Revisionen eine Frist von zwei Monaten vorgesehen, da sie sich aber bei den sprunghaften Veränderungen der Warenpreise als zu lang erwiesen hatte, mußte sie auf die Hälfte gekürzt werden. Die Erfahrung hat bald gezeigt, daß die Frist selbst mit einem Monat noch zu lang bemessen war; in vielen Fällen haben Lohnrevisions zweimal monatlich stattfinden müssen, weil Änderungen in den Kosten für den Lebensunterhalt in viel kürzeren Zwischenräumen

eintraten, als bei Abschluß des Vertrages voranzusehen war. Die hier angezogene Bestimmung des Tarifvertrages sollte bezwecken, den rasch voraneilenden Warenpreisen mit den Löhnen möglichst schnell zu folgen, um eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter zu verhüten. Ob und inwieweit das möglich gewesen ist, zeigt ein Vergleich der Änderungen in den Kosten für den Lebensunterhalt mit der Erhöhung der Löhne. Das Ergebnis ist zur Genüge bekannt, die Löhne sind hinter der Preissteigerung um ein Beträchtliches zurückgeblieben; nicht in einer einzigen Lohnverhandlung ist ein voller Ausgleich der Teuerung erzielt worden; durchweg wurde nur immer eine Abschlagszahlung geleistet, die nicht selten durch die inzwischen weiter gestiegene Teuerung keinerlei Wirkung hatte. So ist es gekommen, daß heute der Reallohn — die Kaufkraft des Lohnneinkommens — im Durchschnitt hinter dem der Vorkriegszeit etwa um die Hälfte zurücksteht. Dr. Helfferich, der während des Krieges und auch nachher soviel Unheil über Deutschland gebracht hat, behauptete allerdings gelegentlich der jüngsten Steuerdebatten im Reichstage, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters 80 % der Vorkriegszeit betrage. Diese Behauptung ist unwarhaft; sie wird durch zahlreiche Statistiken, selbst solche von amtlichen Stellen, glatt widerlegt.

Die Tatsache, daß nach völlig einwandfreien Feststellungen das Realeinkommen der Arbeiter heute im Durchschnitt nur etwa halb so hoch ist wie in der Vorkriegszeit, die Lage der Arbeiterschaft mithin um soviel ungünstiger ist als vor dem Kriege, zwingt die Arbeiter, nach wie vor energisch auf eine Verbesserung ihres Arbeitseinkommens bedacht zu sein. Hier tun sich nun sehr starke Schwierigkeiten auf, deren Ueberwindung große Anstrengungen erfordert.

Der höchst merkwürdige Standpunkt, den jüngst der Reichswirtschaftsminister und mit ihm anscheinend die gesamte Reichsregierung eingenommen hat, wonach Lohn-erhöhungen nicht erfolgen dürften, weil dadurch die Stützungsaktion der Mark gefährdet und ein Preisabbau unmöglich gemacht würde, ist zwar durch den Reichskanzler auf eindringliche Vorstellungen der Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten in etwas korrigiert worden. Der Reichskanzler hat festgestellt, „daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist“. — Daß überhaupt die Regierung in der Frage der Lohnpolitik einen Standpunkt einnehmen konnte, wie ihn zunächst der Reichswirtschaftsminister vertrat, ist empörend: Im Westen Deutschlands wird ein Kampf ausgetragen von seltener Art. An seinem Ausgang ist das gesamte deutsche Volk interessiert. Im Vordertreffen dieses Kampfes stehen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Ihre Geschlossenheit, ihre Energie und Tatkraft, ihr Kampfesmut ist bewundernswert; ihre besonnene Haltung angesichts des herausfordernden Benehmens der Bezahlung findet allgemeine Anerkennung. Alles kommt darauf an, daß den Kämpfenden der Rücken gestützt wird, das nichts geschieht, was diese mustergültige Kampfführung stören könnte. Auch die Bevölkerung im unbesetzten Gebiet nimmt an dem Kampfe regen Anteil, sie unterstützt ihn, soweit möglich, auch finanziell. Die Arbeiterschaft, opferbereit wie immer, steht auch hier ihren Mann. Daß die Regierung in einem solchen Augenblick eine Parole herausgeben konnte, wie sie der völksparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Beder für angezeigt hielt, war ein Schlag ins Gesicht aller Gehalts- und Lohnempfänger, der eine um so größere Empörung hervorrufen mußte, als feststeht, daß gerade sie diejenigen sind, denen das Reich seine Existenz verdankt, da 90 % der bisherigen Steuerlasten von ihnen aufgebracht worden sind. Die Haltung des Ministers Beder entspricht ganz derjenigen, die vor nicht ganz 50 Jahren, im Jahre 1875, der preussische Minister Camphausen im Deutschen Reichstag einnahm, indem er erklärte: Deutschland müsse wohlfeiler produzieren lernen, man müsse fleißiger, sparsamer und wirtschaftlicher werden; dazu gehöre vor allem eine andere Regelung der Arbeitslöhne; man müsse die Anforderungen an die Arbeiter steigern, die Löhne aber nicht erhöhen, sondern teilweise herabsetzen. Die gleichen Methoden, die auch Minister Beder für angebracht hält. — Nichts gelernt und nichts vergessen.

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, versucht wenigstens den Tatsachen näherzukommen. Das ist auch das Bestreben der Gewerkschaften, die Löhne dem Preisstand anzupassen, das heißt, der in den letzten Jahren zugenommenen Verelendung der Arbeiterschaft wirksam zu begegnen. Das kann selbstredend nicht geschehen durch ein Verbot von Lohnerhöhungen, wie es der Reichswirtschaftsminister wollte, sondern ist nur möglich dadurch, daß man durch eine weitere Aufbesserung der Löhne die Differenz zwischen diesen und dem Preisstand zu verringern trachtet. Aus der Erklärung des Reichskanzlers folgern wir, daß die Regierung den Gewerkschaften in ihrem

hierauf gerichteten Bestreben nicht nur nicht in den Rücken fallen will, sondern nötigenfalls gewillt ist, ihnen ihre Hilfe zu leisten, daß sie es aber zunächst den Unternehmern und Arbeitern beziehungsweise ihren Organisationen überläßt, sich darüber auseinanderzusetzen.

In welchen Formen diese Auseinandersetzungen sich abspielen werden, wird ganz davon abhängen, wie sich die Unternehmer gegenüber den Forderungen der Arbeiter verhalten. Vorbedingung ist in erster Linie, daß die Unternehmer die hier und dort bereits hervorgetretene Absicht eines baldigen Lohnabbaues gänzlich fallenlassen. Uebrigens müßten sie selbst einsehen, daß bei einem Lohnabbau — ganz abgesehen davon, daß dafür zurzeit alle Voraussetzungen fehlen — die Arbeiterschaft noch mehr verelenden, ihre Leistungsfähigkeit sinken würde. Das liegt aber weder im Unternehmer- noch im volkswirtschaftlichen Interesse. Ebenfalls müßten die Unternehmer einsehen, daß selbst bei einer Stabilisierung der Warenpreise, für die bis heute noch keinerlei sichere Anzeichen vorliegen, von einer Stabilisierung der Löhne bei ihrem heutigen unzulänglichen Stand keine Rede sein kann. Tatsache ist hingegen, daß, selbst wenn das Preisniveau stabil bleiben sollte, der gewerkschaftliche Kampf um die Eringung einigermaßen ausreichender Löhne erst beginnen müßte.

Aus diesen Darlegungen erhellt zur Genüge, daß die Arbeiter auf Lohnforderungen nicht verzichten können, sondern daß sie nach wie vor ernstlich bestrebt sein müssen, ihr Arbeitseinkommen zu verbessern. Die baugewerblichen Unternehmer mögen daher die zu Eingang dieses Artikels erwähnte Bestimmung des Reichstarifvertrages nicht so eng auslegen, wie das vereinzelt schon geschehen ist insofern, als sie für die in Frage kommende Periode eine „Änderung in den Kosten für den Lebensunterhalt“ nachgewiesen verlangen, sondern sie mögen bedenken, daß bei allen bisher erfolgten Lohnregelungen die Arbeiter stets zu kurz gekommen sind und daß die hierdurch verursachte, gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich schlechtere Lebenshaltung eine weitere Aufbesserung der Löhne dringend notwendig macht.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mitgliederlisten.

Dem letzten Verbandstage lagen Anträge vor auf Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte, insbesondere auf Abschaffung der vierteljährlich an den Zentralvorstand zu sendenden Mitgliederlisten. Die Anträge wurden den Zentralkörperschaften zur Erlebigung überwiesen. Es ist selbstverständlich, daß der Zentralvorstand schon der Kostenersparnis wegen ständig auf eine Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte bedacht sein muß und auch ist. Die Mitgliederlisten waren aber seit Jahrzehnten eine für Agitation, Rassenführung und Kontrolle so wichtige Einrichtung, daß die Verbandskörperschaften nur schweren Herzens einen Abbau in Erwägung zogen. Aber die Not der Zeit, die leider schon so manches Wertvolle auch in den Gewerkschaftseinrichtungen beseitigt hat, zwang auch in diesem Falle zu einem Verzicht. Der Zentralvorstand hat im Einverständnis mit dem Verbandsaus-schuss beschlossen, mit diesem Jahre die vierteljährliche Aufstellung der Mitgliederlisten in Wegfall kommen zu lassen und dafür am Jahres-schluss eine das ganze Jahr umfassende Aufstellung einzuführen, in der dann sämtliche Mitglieder anzugeben sind, die im Laufe des Jahres in der Zahlstelle angemeldet waren. Nähere Anweisungen über die Aufstellung der Jahresliste werden am Jahres-schluss gegeben werden. Der Zentralvorstand kann aber nur dann dauernd auf die vierteljährlichen Mitgliederlisten verzichten, wenn die Gewähr gegeben ist, daß in den Zahlstellen die Stammrollen genau und gewissenhaft geführt werden. Die genaue Führung der Mitglieder-stammrolle ist die Voraussetzung für die Durchführung der Neuerung, auch schon deshalb, weil in Zukunft die Angaben über die Mitgliederfluktuation auf dem Vierteljahres-abrechnungsab-schluss aus der Stammrolle gewonnen werden müssen. Diese Angaben müssen nun etwas erweitert werden. Außerdem muß in Zukunft die Zählung der Mitglieder in den Zahlstellen nach einem einheitlichen Modus erfolgen, über den noch näheres bekanntgemacht wird. Der Zentralvorstand hofft, daß dieser teilweise Abbau unserer Verwaltungseinrichtungen nicht zu einer Gefahr für unser geordnetes Rassenwesen wird. Diese Gefahr wird vermieden, wenn die Führung aller Rassenbücher, besonders aber der Stammrollen nun um so sorgfältiger geschieht. Wir bitten die Funktionäre, darauf ihr Augenmerk zu richten!

Das „Korrespondenzblatt“ des ADGB.

Sollen die Zahlstellen, darauf ist bereits mehrfach hingewiesen worden, durch die Ortsausschüsse beziehen. Bisher hat nur ein Teil unserer Zahlstellen dieser Anweisung Rechnung getragen, der größere Teil hat sie nicht berücksichtigt. Die hohen Portoausgaben, die dem Verband durch die besondere Zustellung des „Korrespondenzblatt“ an die Zahlstellen erwachsen, machen es dem Zentralvorstand zur Pflicht, erneut daran zu erinnern, daß in allen Zahlstellen, wo ein Ortsausschuss vorhanden ist, die Bestellungen an diesen aufzugeben und sobald der ordnungsmäßige Bezug gesichert erscheint, die bisher durch den Verband bezogenen Exemplare abbestellt werden. Alle irgendwie vermeidbaren Ausgaben müssen gespart werden. Dazu können die Zahlstellen durch schnellste Befolgung der hier gegebenen Anweisung erheblich beitragen.

Die Quittung der Hauptkasse für Februar 1923

ist zusammen mit den Erwerbslosen-Unterstützungssachen für die Klassen 78 bis 120 und der Abrechnung über die Kosten der Lohnkämpfe im Jahre 1922 besonders gedruckt und in der vorigen Woche mit dem „Korrespondenzblatt“ und der „Betriebsrätezeitung“ an die Zahlstellen verschickt worden. Sofern nicht der Zahlstellenkassierer Empfänger der genannten Zeitungen ist, muß die Quittung an ihn abgegeben werden. Er hat sie dem Zahlstellenvorstand sowie den Revisoren zur Einsicht vorzulegen.

Der Versand des „Zimmerer“.

Die Mehrzahl der Zahlstellen erhielt den „Zimmerer“ bisher schon auf dem Wege der Sammelüberweisung; vom 1. April an soll auch der restliche Teil, bis auf die Zahlstellen, wo diese Art der Ueberweisung nicht möglich ist, bestellt werden. In Rücksicht darauf sind möglichst ständige Adressen als „Zimmerer“-Empfänger anzugeben, damit ein öfterer Wechsel vermieden wird. Bei Angabe der Adressen ist stets die Nummer der nächsten Postanstalt anzugeben, falls der Wohnungsort nicht Postort ist. In größeren Orten mit mehreren Postanstalten ist auch die Nummer der zuständigen Postanstalt anzugeben.

Unsere statistischen Feststellungen.

Die Feststellungskarte für den 31. März ist fällig, sie ist sofort einzusenden. Noch immer verläumt eine Anzahl Zahlstellen rechtzeitige Einsendung. Sofort nach dem Erhebungstage, dem letzten Sonnabend im Monat, müssen die Karten ausgefüllt und abgehandelt werden, damit die Zusammenstellung möglichst alle Zahlstellen erfasst.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Cosel, Dessau, Gifhorn, Halle a. d. S., Neudamm und Seesen.

Gesperret ist in Bütow i. Pomm. die Firma Körner, von der Zahlstelle Strausberg die Firma Heinrich in Gielsdorf, in Penzig die Firma E. Pirche.

Kritische Situation im Saargebiet. Mit dem 1. März ist im Saargebiet die Frankenwährung eingeführt worden. Ein Teil der Industriearbeiter wurde bereits seit langer Zeit in Franken entlohnt, nur die Arbeiter im Bau- und Holzgewerbe nicht. Bei den Anfang März eingeleiteten Verhandlungen boten die Unternehmer einen Stundenlohn von 1,70 Franken. Infolge Sinkens des Kaufwertes des Franken bedeutete dieses Angebot gegenüber dem bisherigen Lohn von 1000 M und 1 Frank eine Verschlechterung um 400 M die Stunde. Das Angebot wurde abgelehnt. Den Vorschlag, die Lohnifferenz vor dem Schlichtungsausschuss auszutragen, lehnten die Unternehmer ab. Die Stimmung in den weiteren Verhandlungen der Arbeiter, die sich mit dem Verhalten der Unternehmer beschäftigten, schien keinen andern Ausweg als die Arbeitseinstellung zuzulassen. Dem Wirtschaftsleben im Saargebiet drohte also eine schwere Erschütterung. Wie wir soeben erfahren, ist es doch noch zu einer Verständigung auf einen Stundenlohn von 2,10 Franken gekommen.

Unbefriedigende Lohnfestsetzung im Tarifgebiet Unterbaden-Vorderwald. Für das Tarifgebiet, dessen bedeutendste Stadt Mannheim ist, war eine Vereinbarung mit den Unternehmern über den Märzlohn nicht möglich. Das Schiedsgericht für Baden wurde angerufen und entschied am 2. März, daß alle über 19 Jahre alten Facharbeiter für die Zeit vom 1. bis 20. März 2100 M als Spitzenlohn erhalten sollen. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedspruch ab. Am 9. März beschäftigte sich der staatliche Schlichtungsausschuss in Mannheim mit dem Streitfall. Er entschied, daß alle über 19 Jahre alten Facharbeiter für die Zeit vom 1. bis 20. März einen Stundenlohn von 1850 M und von da an bis 3. April 1900 M erhalten. Die Arbeiter haben den Schiedspruch unter scharfem Protest gegen die Entscheidung des staatlichen Schlichtungsausschusses angenommen.

Aus Bayern. In Nummer 11 des „Zimmerer“ haben wir über die ablehnende Haltung der Unternehmer zu dem vom Lohnamt gefällten Schiedspruch berichtet und mitgeteilt, daß die Entscheidung nunmehr beim Ministerium für soziale Fürsorge liege. Am 20. März ist der Schiedspruch für verbindlich erklärt worden, weil er sich mit der Lohnfestsetzung auf der mittleren Linie befindet und weil die Gefahr eines wirtschaftlichen Kampfes abgewendet werden mußte.

Lohnverhandlungen für Hessen und Hessen-Nassau. Wie fast immer waren die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern ohne Erfolg, so daß das Lohnamt angerufen werden mußte. Es entschied, daß der Spitzenstundenlohn für die Zeit vom 1. bis 14. März 1850 M betragen soll. Die Unternehmer lehnten ab, sie betrafen sich dabei auf die Stützungsaktion der Regierung und die Preisentkung. Am 17. März trat das Lohnamt wieder zusammen, um zu versuchen, die Differenz zu beseitigen. Von Arbeiterseite wurde gefordert, für die ausgefallene Zeit der Lohnerhöhung für die ersten 2 Wochen einen Ausgleich von 850 M die Stunde nachzuzahlen und für die Zeit vom 15. bis 31. März den Lohn auf 2200 M festzusetzen. Das Lohnamt machte dann folgenden Einigungsvorschlag: „Der Tarifstundenlohn der Facharbeiter in Lohngruppe 1 wird auf 1740 M festgesetzt. Da die Arbeiter in der Zeit vom 1. bis 14. März den Februarlohn mit 1500 M erhielten, ist ihnen vom 15. bis 28. März ein Ausgleich von 100 M pro Stunde zu zahlen. Das Abkommen läuft bis auf weiteres, mindestens bis zum 4. April 1923.“ Beide Parteien haben dem Vorschlag zugestimmt.

Neue Lohnvereinbarungen für Danzig. Der Stundenlohn im Baugewerbe in Danzig betrug bis 31. Februar 2270 M. Infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse war

es nicht möglich, bis zu diesem Termin neue Löhne zu vereinbaren. Die Unternehmer erklärten sich trotz des Fallens der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel schriftlich bereit, den bisherigen Stundenlohn noch 14 Tage weiterzugeben. Unsere Kameraden versuchten, ein Tarifamt zusammenzubekommen, das über die Löhne entscheiden sollte. Nach dem Tarifvertrag ist der Senat der Freien Stadt Danzig ermächtigt, einen Unparteiischen für das Tarifamt zu ernennen. Einem dahingehenden Antrage von Arbeiterseite wurde entsprochen. Am 10. März fällt das Tarifamt einen Spruch, der für Zimmerer vom 8. bis 21. März einen Stundenlohn von 2350 M vorsieht. Der Spruch ist von beiden Seiten angenommen worden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Brandenburg. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 22. Februar ermahnte eingangs unserm verstorbenen Kameraden Meier, einem unserer ältesten Mitglieder, durch Erheben von den Plätzen die letzte Ehre. Die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung unserer Organisation wurde scharf unter die Lupe genommen. Es war die Meinung vorherrschend, daß bei der wirtschäftlichen Veränderung der Beiträge auch die Zahlung der Unterstützung nach den gleichen Grundsätzen erfolgen müßte. Viel richtiger wäre es überhaupt, diese Unterstützungen fortlassen zu lassen und die Streikunterstützung zu verdoppeln, damit unser Verband Kampfsorganisation im wahren Sinne des Wortes werde. In früheren Jahren seien diese Unterstützungsrichtungen lediglich zu dem Zwecke eingeführt worden, um die Mitglieder zu bekämpfen und die Indifferenten zum Eintritt in die Organisation zu bewegen. Heute sehe es der Dummste ein, daß die ökonomische Entwicklung es erfordere, daß sich die Arbeiterschaft zu festgelegten Organisationen zusammenschließe, um dem Unternehmertum und dem Kapitalismus gegenüber seine Rechte zu wahren. Hierauf gab der Kassierer bekannt, daß viele Kameraden trotz Aufforderung sich nicht der Kontrolle unterziehen wollten. Er könne ihnen deshalb keine Unterstützung auszahlen. Diese Tatsache wurde mit der Geringschätzung der Unterstützung erklärt. Gegenstand weiterer Aussprache war noch die Ruhrhilfe.

Breslau. In einer Mitgliederversammlung am 7. Februar referierte Parteisekretär Genosse Mache über: „Was müssen wir in der gegenwärtigen Lage beachten?“ Der Redner behandelte besonders die Besetzung des Ruhrgebietes und die Veranlassung dazu. Die Nationalisten und Monarchisten versuchten, aus diesem Anlaß eine nationalistische Heße zu inszenieren. Die Arbeiterschaft solle diesen Treibereien gegenüber besonders aufmerksam sein. Nur die Arbeiterpresse sei es, die zur Ruhe und Besonnenheit mahne. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Aussprache kritisierten 2 Kameraden die Internationale; sie habe früher und auch jetzt wieder versagt. In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß jeder dazu beitragen müsse, unter der Arbeiterschaft die Einigkeit herbeizuführen, auch dürfe der Arbeiterpresse der Dienst nicht versagt werden. Kamerad Goldschmidt berichtete von den Verhandlungen über die Februarlöhne. Gegenüber unserer Forderung von 70 bis 75 % wollten die Unternehmer nur 40 % zugestehen. Der Spruch des Bezirkslobnamtes lautete auf 81,6 % für die erste Hälfte des Februar. Für die zweite Hälfte komme die neuerechnete Indeziffer in Betracht. Die Versammlung wurde hierauf vertagt.

In einer Delegiertenversammlung am 19. Februar berichtete Kamerad Goldschmidt über die Indeziffer für die letzte Hälfte des Februar. Sie betrage 70,9 %. Die Unternehmer wären gern hiervon abgewichen, sie mußten sich aber dem fügen, was in der ersten Verhandlung festgelegt wurde. Im Verkauf der Aussprache berührte Kamerad Goldschmidt die Lokalfassenverhältnisse, die nicht besonders günstig seien. In späterer Zeit und bei günstigerer Konjunktur müßte dazu Stellung genommen werden, wenn keine Besserung erfolge. Die Delegierten wurden noch ermahnt, ihre Pflichten auf Bouten und Plätzen zu erfüllen, insbesondere sollen sie ihr Augenmerk auf Entlassungen richten und darauf, daß die Auswärtigen vor den Einheimischen zur Entlassung kommen.

Elbing, Bezirk Augustwalde. (Jahresbericht.) In harten Kämpfen um die Existenz ist das Jahr 1922 zu Ende gegangen. Noch schwerer als im vorhergegangenen Jahre haben Not und Sorge um unser tägliches Dasein auf uns gelastet. Trotzdem unsere Berufsorganisation mit ihren Löhnen jetzt an der Spitze marschiert, haben diese mit der Preissteigerung nicht Schritt gehalten. Wir kommen vielmehr durch die rapide Geldentwertung unserer Mark immer weiter zurück. Hauptächlich in den letzten 3 Monaten des Jahres ist die Preissteigerung an Nahrungsmitteln, Bekleidungs- und Gebrauchsgegenständen eine enorme gewesen. Wenn auch die Lohnaufbesserungen öfters stattfanden, so kamen sie doch immer zu spät. Es fanden im ganzen 13 Lohnaufbesserungen statt. Der Lohn stieg von 8,95 M im Januar auf 298 M im Dezember. Im August wurde ein zweiseitiger Streik mit Erfolg geführt. Den Lehrlingen hat das verfloßene Jahr geregelte Lohnsätze gebracht. So beträgt der Stundenlohn im 1. Lehrjahre 17 %, im 2. Lehrjahre 33 % und im 8. Lehrjahre 60 % des jeweiligen Gejellenlohnes. Ferner brachte das Jahr dem Bezirk Augustwalde die Gleichstellung mit Elbing und die Aufnahme des Bezirks ins einheitliche Lohngebiet Ostpreußen. Die Baukonjunktur war verhältnismäßig gut. Der Mitgliederbestand, der am Anfang des Jahres 83, davon 17 Lehrlinge, betrug, beträgt jetzt 87, davon 25 Lehrlinge. Eingetreten sind im Berichtsjahre 8 Gejellen und 9 Lehrlinge. Ausgetreten ist 1, und gestrichen sind 5 Mitglieder. Die Einnahme im Bezirk betrug 101 262,30 M. An Erwerbslosenunterstützung wurden 11 570,20 M ausgegeben. Mitgliederversammlungen fanden 10 ordentliche und 8 außerordentliche statt; außerdem 5 Jugendversammlungen. Der Versammlungsbesuch betrug 80 % des Mitgliederbestandes. Darum, Kameraden, haltet alle fest und treu zusammen im Kampfe um das weitere Wohl und Gedeihen unserer Berufsorganisation.

Frankfurt a. O. Am 12. Februar tagte unsere außerordentliche Mitgliederversammlung. Im ersten Punkte wurde auf die Arbeiten des Sekretariats und die finanziellen Schwierigkeiten zu seiner Erhaltung hingewiesen.

Wenn die Gewerkschaften diesen Finanzschwierigkeiten nicht steuern, dann sei ein baldiges Eingehen des Sekretariats zu erwarten. Des weiteren wurde auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen aufmerksam gemacht. Bezüglich der Winterhilfe wurde eine freiwillige Sammlung auf Listen empfohlen. Der Vorsitzende, Kamerad Höhne, verlas sodann das neue Lohnabkommen. Nach kurzen Erwägungen wurde dem Lohnabkommen unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse zugestimmt. Ueber die Ruhrhilfe entspann sich eine angeregte Debatte. Doch konnte über diesen Punkt noch keine Klarheit erzielt werden. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Kassierer gab sodann Aufschluß über zu viel ausgezahlte Erwerbslosenunterstützung durch den früheren Kassierer. Der Betrag soll durch die Lokalkasse gedeckt werden. In „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Die Versammlung war von 57 Kameraden besucht.

Frankfurt a. M. Am 4. Februar fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Zahlstellenversammlung statt. Anwesend waren 54 Delegierte sowie die Vertreter der Lohngebiete. Der Vorsitzende, Kamerad Sauer, berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahre. Die Regelung der Löhne habe einen großen Teil der Tätigkeit des Vorstandes in Anspruch genommen. Sie machte im abgelaufenen Geschäftsjahre 22 Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und 19 Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die chemische Industrie mit. In 78 Lohngebieten- und 32 Bezirksversammlungen sei zu dieser Frage Stellung genommen worden. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Kamerad Sauer die Entwicklung der Zahlstelle sowie die Tätigkeit des Vorstandes auf den verschiedensten Gebieten, so in Sachen des Bauarbeiterchutzes, der Bauhüttenbewegung, des Arbeitsrechtes, des Lehrlingswesens usw. Der Kassierer, Kamerad Scheuermann, erstattete den Kassenbericht; daraus war zu entnehmen, daß die Lokalkasse sehr unter der Geldentwertung zu leiden hatte. In der Diskussion wurde im allgemeinen die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt, und die Wiederwahl erfolgte einstimmig. Ein Vortrag des Genossen Naphthali über „Reparationen und Wirtschast“ wurde beifällig aufgenommen. Folgende Anträge des Vorstandes und der Kameraden aus den einzelnen Bezirken fanden mit Mehrheit Annahme: Den Bezirkskassierern sollen für ihre Mühewaltung 4 % des gesamten Umjahres an Beitragsmarken vergütet werden; 100 000 M sollen wertbeständig angelegt werden. Jeder Kamerad, der im Lohngebiet Frankfurt a. M. in Arbeit steht, ist verpflichtet, die Beitragsmarken zu fleben, die seinem Stundenlohn entspricht. Die Erneuerungsgebühr soll gleich einem Stundenlohne sein. Nachdem noch verschiedene Anträge zur Erledigung dem Vorstand überwiesen wurden, schloß der Vorsitzende nach achtstündiger Tagung die Zahlstellenversammlung.

Hagenow. Unsere Januarversammlung hatte die Vorstandswahl zu erledigen und die Befolgsfrage für die Kassierer zu regeln. Ihnen wurden 10 % der vereinnahmten Lokalbeiträge zugewilligt. Ferner wurde beschlossen, daß jeder Kamerad einen Stundenlohn für die Notfälle abzugeben hat. Die Arbeitslosenkontrollstelle übernahm der Vorsitzende Kamerad Bahke, Leichtrage. Die Versammlungen finden jeden letzten Sonnabend im Monat im „Schützenhaus“ statt.

Hamburg und Umgegend. Unsere Zahlstellenversammlung tagte am 25. Februar im Gewerkschaftshause. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Witt, Dunkelmann, Steyer, Richter, Wendhak, Wagner, Höpna, und Walter in der üblichen Weise gelehrt. Kamerad Steinfeldt erstattete hierauf den Jahresbericht. Ein bedeutungsvolles, an Arbeit reiches Jahr liegt hinter uns. Die Preise aller Bedarfsartikel schnellten namentlich von Ende August an in ungeheurer Umfange in die Höhe, so daß trotz teilweise vierzehntäglicher Lohnverhandlungen es nicht möglich war, mit der Entwicklung der Feuerung Schritt zu halten. Das Jahr begann gleich mit einem Arbeitskämpfe. Der Schiedspruch des Lohnnamtes vom Dezember 1921 war abgelehnt worden, und nachdem die Unternehmer neue Verhandlungen abgelehnt hatten, wurden Leistikreis verhängt. Die Unternehmer antworteten mit einer Aussperrung, die trotz der für die Unternehmer günstigen Witterung ein Fehlschlag für sie wurde. Nicht einmal die Hälfte der Kameraden wurde von der Aussperrung betroffen. Nach vierzehntägiger Dauer konnte der Kampf mit teilweise Erfolg für unsere Kameraden beendet werden. Ferner waren 20 Lohnverhandlungen notwendig. Der Stundenlohn stieg von 13,10 M auf 410 M. Die Verhandlungen über den Ortsvertrag gestalteten sich ebenfalls sehr schwierig. Auch hier waren 20 Verhandlungstage notwendig, um endlich am 1. Dezember zum Abschluß des Vertrages zu gelangen. Besondere Vereinbarungen wurden für die Poliere und Staatszimmerer getroffen. Die Zahlstelle wurde durch Verschmelzung mit den bisher selbständigen Zahlstellen Bergedorf, Gesshacht, Reinbel, Wedel und Wullenhausen an Umfang erheblich größer. Die Mitgliederzahl stieg von 3080 auf 3845. Augenblicklich liegt die Wirtschast infolge der hohen Materialpreissteigerung sehr danieder. Die mifliche Lage wurde von den Unternehmern bei den Verhandlungen ausgenutzt. Es sei Pflicht der Mitglieder, auch im kommenden, voraussichtlich schwere Kämpfe bringenden Jahr auf dem Posten zu sein und zuge mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Stoile. Für die Zentralkasse war eine Einnahme von 9 310 128,46 M zu verzeichnen. In bar konnten 7 885 187,16 M und an Belegen 1 454 941,30 M abgeführt werden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 4 286 316,88 M und eine Ausgabe von 8 308 993,81 M. Es wurde ein Gewinn von 977 323,06 M erzielt. Der Streik im Januar erforderte eine Ausgabe aus der Lokalkasse von 276 265,30 M, demgegenüber stand eine Einnahme an Extrabeiträgen von 268 010 M. Nach längerer lebhafter Debatte wurde zwar die Arbeit des Vorstandes anerkannt, aber auch berechtigte Kritik an der Lohngestaltung geübt, wobei vorgeschlagen wurde, neue Wege zu gehen. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Im weiteren erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Nachdem noch beschlossen war, gegen 12 Kameraden wegen Streikbruchs das Ausschlussverfahren

einzuweisen und der Beschluß des Bezirks Wilhelmshurgs in dieser Angelegenheit bebauert wurde, erfolgte auf Antrag Vertagung der Versammlung. Die Einberufung der neuen Versammlung wurde dem Vorstand überlassen.

Sirschberg i. Schl. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der vier im Vorjahre verstorbenen Kameraden ehrend gedacht. Dann gab der Kassierer Kamerad Fuge den Kassenbericht vom vierten Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse beliefen sich auf 476 189 M. In der Lokalkasse war eine Einnahme von 241 663,18 M zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 71 025,40 M gegenüberstand. Es verblieb somit ein Kassenbestand von 170 637,78 M. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 510 inklusive 113 Lehrlinge. Kamerad Werthold gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er betonte, daß es meistens viel Mühe und Arbeit kostet, um einige Mark mehr Lohn zu erreichen. Die erzielten Löhne ständen in keinem Verhältnis zu den wirtschäftlichen Preissteigerungen. Anschließend folgte der Jahresbericht. Danach haben im Vorjahre 11 Versammlungen und 19 Lohnverhandlungen stattgefunden. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 71 Kameraden besucht. Auch wurden 7 Lehrlingsversammlungen abgehalten und nahm der Vorstand außerdem an 17 Versammlungen in den Bezirken teil. Der Stundenlohn stieg von 11,80 M Anfang 1922 auf 320 M am Ende des Jahres. Die Lehrlingslöhne sind nicht direkt tariflich geregelt, aber durch den Gesellenauschuss auf eine annehmbare Basis gebracht worden. Sie betragen 10, 30, 40 und 50 % des Gejellenlohnes. Die Jahresabrechnung ergab auf Rechnung der Zentralkasse eine Einnahme und Ausgabe von 628 092,15 M. Auf Rechnung der Lokalkasse war eine Jahreseinnahme von 294 644,88 M und eine Ausgabe von 124 007,15 M zu verzeichnen. Bei der Vorstandswahl wurden der erste und der zweite Vorsitzende sowie der erste Kassierer und ein Revisor wiedergewählt. Die anderen Vorstandsmitglieder wurden durch Neuwahl ergänzt. Unter „Anträge und Verschiedenes“ gab Kamerad Fuge zunächst einen Vorschlag des Vorstandes bekannt, nach dem die lokale Sterbeunterstützung erhöht werden soll. Sie regelt sich prozentual nach den Beiträgen und steigt und fällt mit diesen. Die Versammlung war mit der Neuordnung der Sterbeunterstützung einverstanden und nahm den Entwurf des Vorstandes an. Ferner wurde noch ein Beschluß des Vorstandes bekanntgegeben, wonach verheiratete arbeitslose Kameraden bis 8 und ledige Kameraden bis 4 Erwerbslosenmarken aus der Lokalkasse gedeckt erhalten, wenn sie mindestens 6 und in den Bezirken 4 Versammlungen besucht haben. Wer noch keine 60 Beiträge entrichtet hat, hat keinen Anspruch auf diese Vergünstigung. Auch dieser Beschluß wurde gutgeheißen und angenommen. Zum Schluß wurde noch der Not der Parteipresse gedacht und ein Betrag dafür bewilligt.

Kiel. Am 13. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Marten berichtete über die letzte Lohnverhandlung. Ihr Ergebnis sei durch die inzwischen eingetretene unerhörte Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel weit überholt worden. Schon in der zweiten Woche des Februar habe Kiel eine zehnprozentige Verteuerung der Lebenshaltung zu verzeichnen gehabt. Durch die Festsetzung des prozentualen Zuschlages sei die Spannung in den verschiedenen Lohngruppen immer unerträglicher geworden; darum müsse es in Zukunft unsere Aufgabe sein, diese Mängel zu beseitigen und bei weiter fortschreitender Geldentwertung eine kürzere Lohnregelung anzustreben, die es uns ermöglicht, unsere Lebenshaltung den bestehenden Verhältnissen anzupassen. Aus der Versammlung wurde in dringlichen Worten die heutige Unzulänglichkeit der Entlohnung gekennzeichnet und eine schnellere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten gefordert; denn davon sei in erster Linie die Erhaltung der Arbeitskraft abhängig. Letztere zu erhalten, sei nicht nur eine Lebensfrage des einzelnen, sondern des ganzen Volkes. Eine lebhafteste Diskussion führte die Ruhrgebietspende herbei, nachdem vom Kameraden Marten der Aufruf des ADGB. erläutert worden war, auf dessen Grundlage der Vorstand einen diesbezüglichen Antrag der Versammlung unterbreitet hatte. Verschiedene Kameraden waren jedoch der Meinung, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, sich an der Ruhrhilfe zu beteiligen, da man kein Vertrauen zu dem Verwendungszweck der Gelder haben könne. Leider haben diese Kameraden den Kern der Sache übersehen. Als Kampftruppe gegen den französischen Militarismus und Imperialismus steht heute die organisierte Arbeiterschaft des Ruhrgebiets im Vordergrund. Es wäre verneinlich, anzunehmen, daß wir als organisierte Arbeiter allein in der Lage wären, die ungeheuren Mittel dieses Abwehrkampfes aufzubringen. Infolgedessen können wir das Zahlen nicht nur den Gegenparteien überlassen, sondern müssen auch unser Teil dazu beitragen, solange es noch nicht zu spät ist. Vergessen wir nicht, eine Fremdherrschaft im Lebenszentrum unseres Wirtschaftsgebietes als die gefährlichste Gegnerin aller sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft anzusehen! Bezwingen wir die Macht- und Gewaltgeheiß der Imperialisten von außen, werden wir auch mit denen im eigenen Lande fertig werden. Angenommen wurde der Antrag des Vorstandes, der besagt: durch Lohnabzug sollen in zwei aufeinander folgenden Wochen je 400 M durch Kontrolle des jeweiligen Platzdeputierten in Abzug gebracht und die Gelder vom Unternehmer an unsern Zentralvorstand in Hamburg zu weiterer Verteilung abgeführt werden. Der Geldentwertung Rechnung tragend, wurden die Entschädigungssätze für unsere Zahlstellenfunktionäre neu festgesetzt. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Vorstandes betreffs Erhöhung des Beitrages und der Leistungen der Sterbekasse. Der Beitrag beträgt bis auf weiteres 20 M, das Sterbegeld im geringsten Falle 2000 M und im höchsten Falle 10 000 M. Die Vorstandswahl ging diesmal nicht so glatt vonstatten. Unsere Kameraden von der SPD. boten alles auf, um Einfluß auf die Leitung der Zahlstellengeschäfte zu gewinnen. Gegen ein gemeinsames Arbeiten wäre nichts einzuwenden, wenn sie bereit wären, unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse ihre ganze Kraft für die Ziele unserer Organisation einzusetzen. In der Abstimmung wurde der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Die Abrechnung des 4. Quartals ergab für die Zentralkasse eine Einnahme und Ausgabe von 1 428 063,70 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 658 866,18 M, die Ausgabe 461 892,75 M.

es verblieb ein Lokalkassenbestand von 194 973,43 M. Der Mitgliederbestand betrug 919, wovon 70 Lehrlinge sind. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Vom Kameraden Marten wurde anschließend ein Jahresbericht erstattet.

Lauban i. Schl. In der von 34 Kameraden besuchten Mitgliederversammlung am 15. Februar gab der Vorsitzende den vom Bezirkslohnamt gefällten Schiedspruch bekannt. Dann wurde der Kartellbericht erstattet. Darin wurde scharf der schlechte Besuch der wichtigen Versammlung über „Heimstätten und Siedlungswesen“ seitens unserer Kameraden bemängelt. Eine rege Aussprache setzte bei der Stellungnahme zur Ruhrhilfe ein. Die Mehrzahl der Kameraden war gegen eine Beteiligung. Dennoch wurde der Antrag, einen Stundenlohn für die Ruhrhilfe abzuführen mit möglichster Kontrolle darüber, angenommen. Unter „Verschiedenes“ gab Kamerad Franke einige Aufführungen über die Gefahren, die für den Achthunderttag bestehen; er schilderte weiter das Bestreben der Unternehmer, die freien Gewerkschaften zu zertrümmern.

Mückenberg. Am 8. Februar tagte im Volkshaus zu Bodwitz unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende bewertete den schwachen Besuch und weiter, daß bei verschiedenen Firmen noch keine Delegierten gewählt seien. Es wurde beschlossen, daß die Kameraden bei jeder Firma innerhalb 14 Tagen einen Delegierten zu wählen und dessen Adresse dem Vorsitzenden zu melden haben. Als dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben im vergangenen Jahre 7 Monats- und 4 Streikversammlungen stattgefunden. Dem Kassierer wurde für den Kassenbericht Entlastung erteilt. Der Vorsitzende dankte ihm für seine langjährige treue Tätigkeit. Anschließend erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Zum Schluß bemängelte Kamerad Nitsche noch die schlechten Lohnverhältnisse in unserer Zahlstelle. Ferner wies er auf die Mißstände bei der Firma Westfeld hin und berurteilte, daß organisierte Zimmerer solche Verhältnisse aufkommen lassen.

Peitzerswitz. Am 11. Februar tagte unsere Generalversammlung beim Gastwirt Schubert. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Bei der Vorstandswahl erfolgte die Wiederwahl des Vorsitzenden und Schriftführers sowie der Revisoren. Nur der Kassierer lehnte ab. An seine Stelle wurde Kamerad Sperling gewählt.

Segeberg. Unsere Mitgliederversammlung am 18. Februar nahm den Bericht vom Ortsauschuß entgegen. Der Ortsauschuß hatte beschlossen, die Mitglieder sollten einen Stundenlohn für die Ruhrhilfe abführen. Die Versammlung lehnte das ab. Für die Sozialrentner am Orte soll eine Sammelliste zirkulieren. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Lohnfrage. Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit Maßnahmen, um den Versammlungsbefuch zu heben. Da der im vorigen Jahre beschlossene Satz für unentschuldigtes Fehlen den Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, wurde er auf 500 M. erhöht. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, zugereisten ausgesteuerten Kameraden die Unterstützung für einen Tag in der Höhe, wie sie sie vorher bekommen haben, aus der Lokalkasse zu zahlen. Ferner sollen sie beim Herbergswirt freies Schlafen und Kaffee erhalten.

Sprottau. Unsere Mitgliederversammlung am 17. Februar von 27 Kameraden besucht. Zunächst gab der Vorsitzende Bericht über die letzte Lohnverhandlung in Sagan. Sodann berichtete der Kartellbelegierte über die letzte Sitzung. Bezüglich der Ruhrhilfe lam die Versammlung zu dem Beschluß, sich bis auf weiteres ablehnend zu verhalten. Die Versammlungen wurden auf den Sonnabend nach dem 10. im Monat verlegt.

Stettin. Am 18. Februar tagte eine Belehrlingsversammlung. Kamerad Michaelis sprach über „Die Geschichte der Zimmererbewegung“. Er schilderte den Werdegang der Zünfte, ihre Gebräuche und ihren Verfall. Insbesondere wies er darauf hin, daß die Zunftgenossen die Väter der jetzigen Organisation seien. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, den Vortrag nicht ungenüßt zu lassen, sondern zu versuchen, sich noch tiefer in die Geschichte unserer Organisation hineinzugraben; denn Wissen sei Macht. Kamerad Franzack sprach über die Ferienfrage. Er übermittelte den Anwesenden die freudige Nachricht, daß auch für die Belehrlinge die Ferienfrage günstig entschieden sei. Kamerad Sachse ermahnte die Belehrlinge zum anständigen Verhalten gegenüber den Gesellen und wies auf die Bibliothek hin, die jedem Mitgliede zur Verfügung stehe, leider aber noch zu wenig benutzt werde. Zum Schluß rief er zu besonnenem Verhalten und klarer Ueberlegung und ermahnte die jungen Kameraden, sich nicht von anders gerichteten Ansichten verwirren zu lassen.

Stuhm. In unserer Mitgliederversammlung am 28. Januar erstattete an Stelle des verhinderten Vorsitzenden der frühere Vorsitzende den Bericht von der Lohnverhandlung. Er regte zu besserem Versammlungsbefuch und zur pünktlicheren Zahlung der Beiträge an. Dann wurde der neue Vorstand gewählt und gleichzeitig die Vertreter in den Arbeitsnachweis ernannt. Ferner wurde beschlossen, eine Deputation von 3 Mann zum Landrat zu entsenden, die wegen der Sache am Weichschen Bau und am Rajernengebäude vorstellig werden soll. Hierauf wurde eine Strafe von 100 M festgesetzt für Mitglieder, die nicht zur Versammlung erscheinen.

Treptow a. d. L. (Jahresbericht.) Das Jahr 1922 stand im Zeichen der Lohnbewegungen. Die bezirkliche Regelung der Löhne erfolgte monatlich, sie hielt aber mit der Teuerung und dem Steigen der Lebensmittelpreise nicht Schritt. Die vierzehntägige Festsetzung der Löhne wurde damit eine bringende Notwendigkeit. Im verfloffenen Jahre fanden 12 ordentliche und 8 außerordentliche Versammlungen statt. Der Versammlungsbefuch war durchweg gut. Die Arbeitslosigkeit war bis in den Winter hinein gut, so daß alle Kameraden beschäftigt waren. Ueberstunden wurden nur in vereinzelten Fällen geleistet. Der Achthunderttag muß das Ideal eines Arbeiters sein. Doch wir stehen vor der nackten Tatsache, daß diese Errungenschaft in Gefahr ist. Seid auf der Hut, erhaltet Euch den

Achthunderttag! Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher Kameraden. Die Kartellbelegierten blieben gleichfalls auf ihren Posten.

Gewererbliches.

Berufliche Fortbildung für Hamburger Zimmerer. Strebsamen Hamburger Zimmerern ist Gelegenheit gegeben, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Akademie, Hamburg, Stein-damm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Veranschlagungen und Entwürfen auszubilden. Aus dem Lehrplan geht hervor, daß in der Abteilung Hochbau unterrichtet wird über Holzkonstruktionen, Stein-konstruktionen, Gewölbebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagungen und Ausführung, Eisenbetonbau, Eisenkonstruktionen, Mathemathik, Festigkeitslehre usw. — Der Unterricht ist viermal wöchentlich, entweder in der Gruppe von abends 6 bis 8 Uhr oder in der Gruppe abends von 8 bis 10 Uhr und Sonnabends von 6 bis 10 Uhr abends. Die Gruppe ist wählbar, solange Platz in ihr ist. Der Unterricht besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden. Er ist wissenschaftlich, aber doch so anschaulich gehalten, daß jeder mit Volksschulbildung folgen und das angestrebte Ziel erreichen kann. Nach dem Studium kann man sich einer Prüfung unterziehen. Ueber die bestandene Prüfung werden Zeugnisse ausgehändigt, die über das Maß der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten Aufschluß geben. Der Unterricht wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsjahr beginnt gegen Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 7 bis 8 Uhr in der Lehranstalt Stein-damm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei hiermit auf die Lehranstalt hingewiesen.

Ueber den Arbeitsmarkt im Baugewerbe im Februar berichtet das „Reichsarbeitsblatt“: Eine Besserung der allgemeinen Lage des Baugewerbes ist infolge der Unan-nut der Bitterung und der hohen Materialpreise auch im Berichtsmonat nicht eingetreten. Der Februar ist hauptsächlich, besonders mit Rücksicht auf die zumeist anhaltende Kälte, die Beginn oder Fortführung von Bauten, un-möglich machte, durch vorbereitende Maßnahmen gefenn-zeichnet. In Niederbayern (Straubing) zum Beispiel stehen Bahnbau- und Kulturarbeiten größeren Umfangs vor der Inangriffnahme. Die Bautätigkeit ruhte fast vollständig. Nur gegen Ende des Monats lebte sie in einzelnen Bezirken (Oberpfalz, Oberfranken, Berlin) etwas auf; in Haynau (Schlesien) wurden für eine Papier- und Möbelfabrik große Neubauten aufgeführt. Der Bau des Etichkanals Sebnitz-Gildesheim wird mit voller Belegschaft fortgesetzt. Während von der ungünstigen Lage in der ersten Hälfte des Monats alle Berufe betroffen wurden, machte sich gegen Ende des Monats eine leichte Besserung bemerkbar, die sich besonders auf Maurer, Zimmerer und Steinmetzen in Süddeutschland und auf Stukkateure in Berlin erstreckte. Das Moler- und Lackierergewerbe lag jedoch nach wie vor infolge der hohen Materialpreise darnieder.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Buch, das eine Waffe ist. Drei Grundätze ergeben sich aus dem neuerschienenen, in Nummer 7 des „Zimmerer“ bereits angezeigten Buch von P. Herz und H. Seidel über „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung“ (Berlin 1923, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes); man kann sie als die wichtigsten Waffen im Kampfe gegen die Arbeitszeitverlängerer betrachten.

1. Die Erfahrungen vor und nach dem Priege erweisen keine Abnahme der Ergiebigkeit der Arbeit als Folge der Arbeitszeitverkürzung. Diese Behauptung wird von Herz und Seidel mit vielen Tatsachen belegt, die sich auf Industrie, Bergbau und Eisenbahngewerkschaften erstrecken und zum Teil sogar eine Steigerung der Produktivität beweisen.

2. Die Leistung der Achthundenarbeit könnte in Deutsch-land noch größer sein, wenn die Arbeitsfähigkeit und Arbeits-freudigkeit nicht durch die ungesunde verelochterten Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse, durch die unsichere wirtschaftliche Lage und die sinkenden Reallohne beeinträchtigt würde. Diese Behauptung wird durch ausführliche Schilde-rungen der herrschenden Verhältnisse, insbesondere auch durch einen Vergleich der Lebenshaltung der Arbeiter verschiedener Länder, dargelegt.

3. Der Rückgang der Gesamtproduktion in Deutschland ist nicht durch die Einführung des Achthunderttages, sondern durch die als Folge der Währungsverschlechterung einge-tretene Ausverkaufskonjunktur zu erklären; der Stachel der Konkurrenz und die Notwendigkeit äußerster Rationalisierung der Technik und der Betriebsorganisation sind weggefallen. Die Valutalage hat bei dem Unternehmer die Sorgen der Produktion durch die Möglichkeit der Spekulation ersetzt. Auch diese Behauptung wird mit Tatsachen belegt.

Neben dieser Beweisführung, die jedem Kämpfer für den Achthunderttag feste Grundlagen gibt, wird in dem Buch auch der Verlauf des Kampfes selbst wiedergegeben, wie er sich in der Gesetzgebung Deutschlands und der andern Länder (Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Holland, Schweden und der Schweiz) sowie im Tarifwesen abspiegelt.

Das Buch ist also zugleich aktuell und gründlich, ist ein Muster der Anwendung wissenschaftlichen Forschungsmerites auf dem Gebiete der aktivsten Politik. Das Buch sollte daher erstens studiert und zweitens benutzt werden. Und drittens müssen die Verfasser durch die Sammlung weiterer einwand-freier Angaben über die tatsächliche Arbeitsleistung von den Betriebsräten und Gewerkschaften, die die Möglichkeit dazu haben, unterstützt werden. Sie bitten selbst dringend darum, denn eine Neuauflage des Buches ist in Aussicht genommen.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 2. April:

Quisburg, Bezirk Homberg-Mörs: Nachm. 6 Uhr bei Krause, Neutor. — Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Kirchhellener Straße 18.

Dienstag, den 3. April:

Quisburg: Abends 7 Uhr bei Menke, Klosterstraße. — Halberstadt: Abends 7½ Uhr im „Goldenen Anker“, Kornstraße. — Jümenau: Nach Feierabend im „Deutschen Haus“. — Langensalza: Nachm. 6 Uhr im „Unten Felsenkeller“. — Sommerfeld: Gleich nach Feierabend bei Martini, Burgstraße. — Wilsdorf: Abends 6 Uhr bei H. Feldmann, Deichstraße.

Mittwoch, den 4. April:

Quisburg-Mühlort: Abends 7 Uhr bei Westfal, Kaiserstraße. — Raugard: Bei Bäckermeister Gabrecht, Greifenberger Straße.

Donnerstag, den 5. April:

Koslan: Abends 8 Uhr in der „Goldenen Krone“.

Freitag, den 6. April:

Bochum: Abends 6½ Uhr bei Gustav Janzen, Marienstraße 42. — Quisburg, Bez. Hamborn: Abends 7 Uhr bei Platz, Ecke Wilhelm- und Mittelstraße. — Quim: Abends 8 Uhr bei Otto Greve, Süderstraße 64. — Memmingen: Abends 6 Uhr im „Hafen“.

Sonntag, den 7. April:

Bernburg: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Dessau: Im „Diooli“. — Quisburg, Bezirk Oberhausen: Abends 7 Uhr im „Krug zum grünen Kranz“. — Gelsenkirch: Abends 7 Uhr im „Tiergarten“. — Serue: Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bahnhofstraße. — Iserlohn: Abends 7 Uhr bei Lange, Bachstraße. — Marburg: Nach Feierabend bei Jesberg, Wehrdammweg. — Münster i. W.: Abends 8 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Dampfen 29/30. — Neubrandenburg: Abends 8 Uhr im Geiellchaftshaus. — Oranienburg: Bei Seeger, Mühlenstraße. — Trier: Abends 6 Uhr in der Wirtshaus von Koppeltamp, Am Hauptmarkt. — Waune: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 24. — Wiedorf: Nachm. 6 Uhr bei Steinacker, Kölner Straße. — Wismar: Abends 7½ Uhr in der „Hansa“. — Witten: Abends 7 Uhr bei Heinrich Nöthemer, Ardeystr. 104.

Sonntag, den 8. April:

Reckum, Bezirk Sauergerloh-Neubekum: Vormittags 9½ Uhr bei Büttmann im Gasthof „Zur Post“. — Güttrin: Nachm. 3 Uhr bei Jakobi, Plantagenstraße. — Duisburg-Krone: Nachm. 2 Uhr bei Spickermann, Seeblick. — Düren, Bezirk Jülich: Nachm. 2 Uhr bei Harde, Jülich. — Essen: Lehrlingsgruppe, vorm. 10½ Uhr, bei Schffel, Steeler Straße 19. — Gerswalde: Nachm. 2 Uhr bei Paul Schranke. — Hamm i. W.: Vorm. 9 Uhr bei Witwe Braun, Radickstraße 81, Gewerkschaftshaus. — Köln, Bezirk Müllheim: Vorm. 10 Uhr bei Weise in Deutz, Müllheimer Straße 187. — Niedamm: Nachm. 2 Uhr im Restaurant „Am Waldesjaun“. — Neuf: Vorm. 10 Uhr bei Jakob Schaddel. — Neuwied, Bez. Sönnigen: Vorm. 10 Uhr bei Wawe Jak. Schiffermann, Sönninger Hauptstraße. — Nibitz: Nachm. 2 Uhr im „Südtlichen Hofengarten“, bei Fröhlich. — Salzung: Nachmittags 2½ Uhr bei Fuhn. — Schwünigen: Bei Schröder.

Anzeigen.

Storbekannt.

Berlin. Am 17. März starb unser Kamerad Otto Busack im Alter von 41 Jahren an Bronchialkatarrh und Lungenentzündung und am 19. März starb unser Kamerad Wilhelm Flügge im Alter von 65 Jahren an Lungenemphyse.

Brieg. Am 10. März starb unser Kamerad Friedrich Malitze im Alter von 30 Jahren an Mierentiden.

Frankfurt a. M. Am 19. März starb unser Kamerad Karl Reuter im Alter von 49 Jahren nach langer schwerer Krankheit.

Hannover. Am 17. März wurde unser Kamerad Karl Rodenbeck im Alter von 32 Jahren von einem Zug überfahren und getötet.

Kahla a. d. S. Am 27. Februar starb unser Kamerad Oskar Jahn im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Altötting.

Sonntag, den 8. April, findet unsere Quartals-versammlung statt, und zwar vormittags 9½ Uhr in der Nebenstelle Simbach a. Inn im Gasthaus Santner, nachmittags 2½ Uhr in Altötting im Gasthaus „Dorfer Hof“. Unentschuldigtes Fernbleiben kostet 150 M. in die Lokalkasse. Erscheinen jedes Kameraden ist Pflicht. Der Vorstand.

Zahlstelle Welbert.

Sonntag, den 8. April, vorm. 9½ Uhr, findet im „Schützenhaus“ unsere Quartalsversammlung statt. Voll-zähliges Erscheinen ist Pflicht aller Kameraden, besonders die auswärtigen haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung, Fremde Zimmerer!

Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt Langstraße 16 „Zum Kommet“. Die fremden Zimmergefallen zu Mannheim.

Der fremde Robert Rang aus Wilhelmshaven wird Zimmerer gebeten, wegen dringender Sachen seine Adresse an den Mitgefallen der fremden Zimmerer in Hannover, Köbinger Straße 16 einzusenden